

## Negative Auswirkungen eines weiteren Ausbaus der Windenergie

*Bereits vor fünf Jahren, im Februar 1996, während der Diskussion um die privilegierte Errichtung von Windkraftanlagen im Außenbereich warnten einige Mitglieder des Deutschen Bundestages in einem an alle MdB adressierten Schreiben eindringlich vor den negativen Auswirkungen eines weiteren Ausbaus der Windenergie. Wörtlich heißt es in dem Brief, der von den norddeutschen SPD-Bundestagsabgeordneten Hans-Joachim Hacker, Manfred Opel, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Antje-Marie Steen und Dr. Wolfgang Wodarg unterzeichnet worden ist:*

„Die drohende Privilegierung wird jetzt schon als Angriff auf die Gestaltungshoheit der demokratisch legitimierten kommunalen Selbstverwaltungsbehörden empfunden. Durch sie ist mit wachsendem öffentlichem Widerstand zu rechnen... Im Jahre 1995 hatten sich ausnahmslos alle Landräte und Oberkreisdirektoren der Kreise an der **Nordseeküste** Schleswig-Holsteins und Niedersachsens ... unmißverständlich gegen eine Privilegierung der Windkraftanlagen gewandt. ... Der Bundestag sollte keine neuen Subventionstatbestände zulasten der Landschaft, zulasten der Bevölkerung sowie zulasten der Wirtschaft in windhöffigen Regionen beschließen.“

Außerdem wird von den fünf Unterzeichnern angeführt, dass es eine „eigenartige Argumentation“ der Privilegierungsbefürworter sei, die landschaftsverschandelnden Strommasten als Rechtfertigung für eine weitere „Fehlentwicklung“ anzusehen. „Goldgräber-Stimmung“, „unwirtschaftlicher Stand-by-Betrieb“ konventioneller Kraftwerke, „keinerlei“ Substitution von „Kraftwerks-Kapazität“, „kontraproduktive Bestrafung von Haushalten und Wirtschaftsunternehmen“, das sind weitere Einwendungen.

Und der vorletzte Absatz des Schreibens ist Tatbestand und Warnung zugleich: „Glücklicherweise ist die Zahl der Abgeordneten noch gering, die auf eigene traurige Erfahrungen mit flächendeckenden Windenergie-Projekten zurückgreifen müssen. Wir Küsten-Abgeordnete wissen aus vielen Kontakten..., weshalb wir Sie nochmals persönlich vor dem verhängnisvollen Irrweg in die sog. ‚Privilegierung‘ warnen müssen.“

Der Irrweg bestätigte sich. Mit der zum 1.1.1997 eingeführten Privilegierung wurden und werden die Gemeinden laufend von den Projektierern und Investoren zur Ausweisung großer Windenergie-Konzentrationsflächen quasi erpresst. „Wenn ihr keine Vorrangflächen ausweist“, lautet die Drohung, „nehmt ihr den ‚Wildwuchs‘ in Kauf.“ Dass ‚Wildwuchs‘ und ‚Verspargelung der Landschaft‘ auch bei Ausweisung von Windenergie-Vorrangflächen bzw. Konzentrationsflächen auftreten, zeigt ein Blick von oben: Einem Flickenteppich gleich stellt sich dem Fluggast die Landschaft dar oder, hart gesagt, die Windkraftanlagen umgreifen viele Gemeinden Norddeutschlands wie ein Würgeisen.

In dicht besiedelten Ländern ist nach Ansicht der Kritiker die Nutzung der Windenergie weder sozial noch ökonomisch noch ökologisch noch logisch.

**Unsozial** deshalb, weil Windkraftanlagen (WKA) den Dorf- und Gemeinschaftsfrieden zerstören. Zwischen den Nachbarn, zwischen den Bürgern und zwischen den Bürgervertretern bildet sich ein Riss: WKA-Befürworter und WKA-Gegner sprechen nicht mehr miteinander. **Die einen kassieren, die anderen zahlen. Wenige haben einen Vorteil auf Kosten vieler. Die in der Windbranche übliche Zahlung von Schweige- und Akzeptanzgeldern, das heißt von Schmiergeldern zur Erlangung von Baugenehmigungen, die lückenhafte Information, teilweise sogar Desinformation der Bürger durch die Behörden, tun ein Übriges, das Vertrauen des Einzelnen zu seinem Nachbarn und zu seinem politischen Vertreter auszuhöhlen, wenn nicht gar zu zerstören.** Und wenn dann noch im doppelten Sinne des Wortes ein grüner Vorsitzender eines örtlichen Umweltausschusses deutlicher als durch die Blume zu verstehen gibt, dass das

EEG mit seinen hohen Windstromeinspeisevergütungen die „**Möglichkeit der geldlichen Überzeugungsarbeit**“ gibt, schlägt das auf den Staat zurück, der trotz vieler warnender Stellungnahmen ein solches der Korruption Tür und Tor öffnendes Gesetz geschaffen hat.

**Unökonomisch** ist die Windenergie deshalb, weil deren (Über-)Förderung die deutsche Volkswirtschaft Jahr für Jahr 5 bis 10 Milliarden Mark kostet. Diese Mittel könnten zur Unterstützung wirksamer Maßnahmen, wie zum Beispiel zur Wirkungsgradsteigerung und zu umfassenden Energiesparprogrammen, eingesetzt werden. Die wirtschaftliche Effizienz solcher Maßnahmen streitet selbst der Energieexperte Uwe Leprich vom Institut für ZukunftsEnergieSysteme, nicht ab. Allerdings verkehrt er ganz im Sinne seines Arbeitgebers die Logik dieser Aussage ins Gegenteil. „Aber genau das wollen wir ja auf keinen Fall“, versichert er den „Windmüllern“ in ihrer Verbandszeitschrift NEUE ENERGIE, Nr. 10/2000. Kein einziges konventionelles Kraftwerk konnte durch die 9900 Windräder, die sich zur Zeit in Deutschland drehen, ersetzt werden. Dass keine einzige Kilowattstunde konventioneller Strom durch eine Kilowattstunde Windstrom substituiert wird, bestätigen die Stadtwerke München (SWM) in ihrem Schreiben vom 23.11.2000, in dem es heißt: „ ... auch nicht unsere Kernkraftbeteiligung wird um den Windkraft-Strom reduziert betrieben.“

Der Schaffung einiger tausend Arbeitsplätze in der Windindustrie steht die Vernichtung einiger zehntausend Arbeitsplätze in anderen inländischen Wirtschaftsbereichen entgegen. Die Subventionierung und massenweise Errichtung von Windkraftanlagen im Binnenland mit dem Exportargument zu rechtfertigen, hieße Deutschland zu einem Testfeld einer Industrie zu machen, deren „**Wertschöpfung**“ zu Lasten anderer Wirtschaftsbereiche und auf Kosten der arbeitenden und nicht mehr arbeitenden Wohnbevölkerung geht, die ihr Naherholungsgebiet verliert und hohe Immobilienwertverluste hinnehmen muss.

Ferner ist die Windenergie **unökologisch**, weil die **unstetige Einspeisung** von Windstrom eine **Heißreserve parallel betriebener konventioneller Kraftwerke erfordert, die ihrerseits ohne Strom zu produzieren für die Gesamtmenge Strom mehr Schadstoffe erzeugen, als es ohne Windkraft der Fall wäre. Das ständige Herauf- und Herunterfahren der konventionellen Kraftwerke führt alles in allem zu höheren Schadstoffbelastungen und in praxi keineswegs zu einem niedrigeren Verbrauch fossiler Brennstoffe.** Die von der Windindustrie und den von ihr abhängigen Instituten berechneten Einsparmengen an Kohlendioxyd und fossilen Brennstoffen sind empirisch nicht nachweisbar, das heißt, es handelt sich nur um theoretisch mögliche Werte.

Des Weiteren ist es mehr als unverständlich, ja die Folge eines von der Ideologie der 68er besetzten Denkens, **immer nur von der „Umwelt“ und nicht von der „Landschaft“ als zu erhaltende und zu bewahrende Ressource zu sprechen.** Denn gerade die **Landschaft hat nach Ansicht von Psychologen und Medizinern einen hohen Stellenwert für das Wohlbefinden des Menschen.** Störungen des Wohlbefindens, wie sie durch Sicht- und Lärmemissionen von Windkraftanlagen hervorgerufen werden, verursachen psychisch-physische Krankheiten, deren Behandlung das Gesundheitswesen in zunehmendem Maße belasten wird.

**Die unsoziale, unökonomische und unökologische Seite der Windkraft macht die Nutzung dieser regenerativen Energie (im dicht besiedelten Deutschland) unlogisch,** zumal Techniken vor der Anwendung stehen, die wie die Brennstoffzelle die gesamte Energieversorgung revolutionieren werden. So ist es auch nicht verwunderlich, dass der Expo-Aufsichtsrat bereits 1998 der Windindustrie die Errichtung eines Riesenwindrades auf dem Weltausstellungsgelände mit der Begründung verweigerte, die Windtechnologie sei „nicht mehr bahnbrechend für das 21. Jahrhundert“. In wenigen Jahren wird sich bewahrheiten, worauf kritische Ökonomen und Ökologen bereits zu Beginn der 90er Jahre hingewiesen haben:

**Es werden mit den hohen, gesetzlich fixierten Windstrom-Einspeisevergütungen unter horrenden volkswirtschaftlichen Kosten Investitionsruinen produziert, die unter noch höheren Kosten – zu Lasten der Kommunen oder erneut zu Lasten des Stromverbrauchers – wieder abgebaut werden müssen.**

Der Ministerpräsident von Sachsen, Professor Kurt Biedenkopf, hat sich deshalb auf die Seite der Windkraftgegner gestellt. Wegen der staatlichen Preisgarantie bezeichnet Biedenkopf die Windkraftanlagen als „Gelddruckmaschinen“ und fügt wörtlich hinzu: „Sie sind ökonomisch ebenso sinnlos wie ökologisch.“

*Ralf Grüning*